

EU strebt eine gemeinsame Energiepolitik der Mitgliedstaaten an und legt Vorschläge vor „Debatte ohne Tabus über Atomkraft“



Will unterschiedliche Meinungen zur Energiepolitik respektieren: Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Foto: AP

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso will eine offene Debatte über Kernenergie. Die EU-Kommission regt auch gemeinsame Notfallreserven der Mitgliedstaaten an.

Alexandra Förderl-Schmid aus Brüssel

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wickelt bei der Präsentation des EU-Grünbuchs zur Energiepolitik der Frage nicht aus: Was mit Ländern wie Österreich geschehe, die keine Atomkraft hätten? „Wir sollten unterschiedliche Meinungen in dem Bereich respektieren. Wir sollten dann aber auch keine Tabus respektieren. Alle Energiepolitiken müssen in Betracht gezogen werden.“ Die EU-Kommission habe keine Absicht, sich in die Frage einzumischen, welchen Energiemix die Mitgliedstaaten bevorzugen.

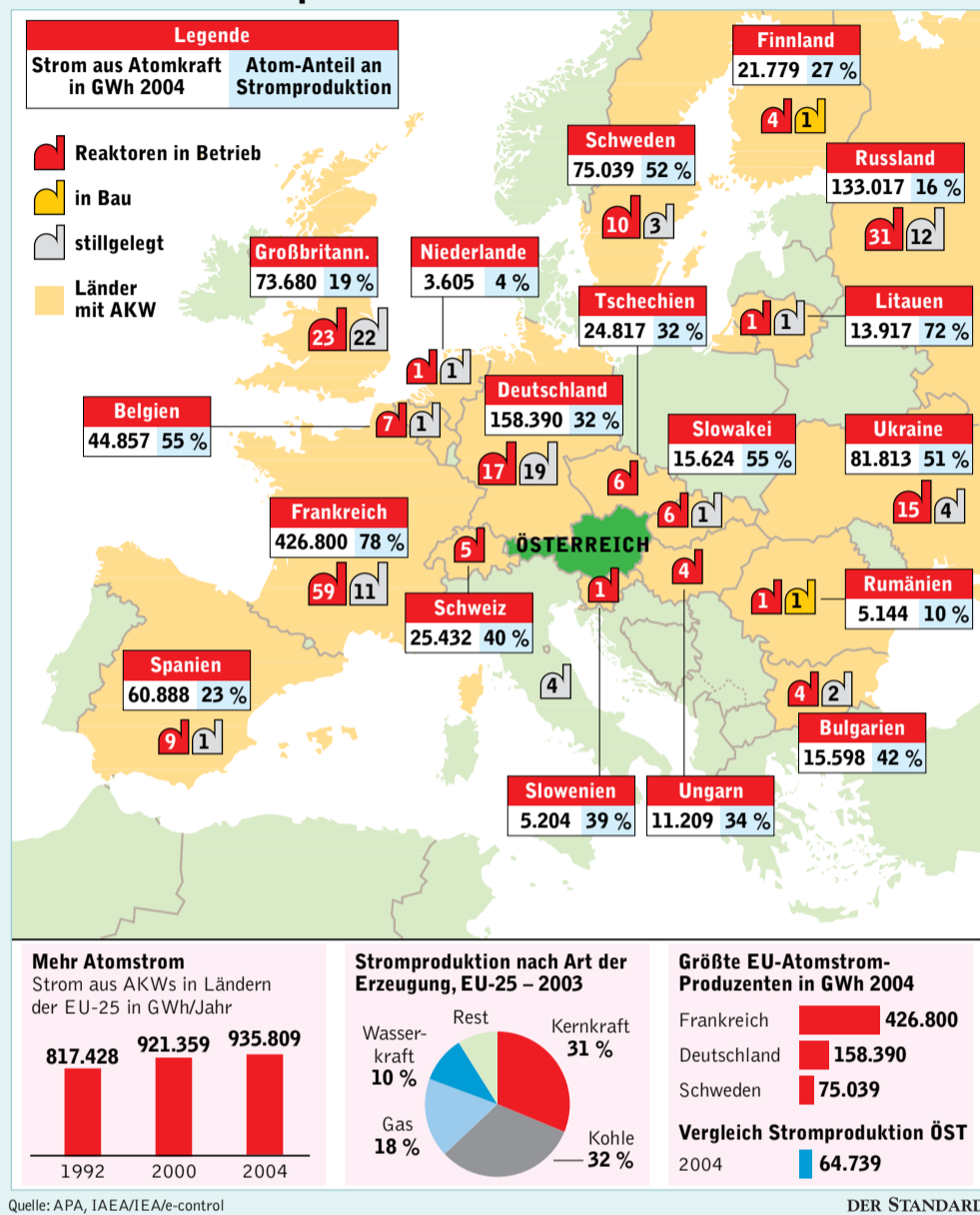
Österreich glücklich

Auch die österreichische EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, zuständig für Außenpolitik, versicherte im Gespräch mit österreichischen Journalisten: „Da gibt es überhaupt kein Problem.“ Gleichzeitig sagte sie auch: „Atomkraft ist eine Quelle, die da ist und die man in der Zukunft berücksichtigen wird.“ Österreich sei „in der glücklichen Lage, dass das Land viel Wasserkraft und andere erneuerbare Energiequellen wie Biomasse aufbereitet hat“.

Allerdings gesteht die EU-Kommission in ihrem Grünbuch auch Mitgliedstaaten einen Ausbau der Atomenergie zu, spricht aber das Mitspracherecht der Nachbarstaaten an. „Entscheidungen der Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Kernenergie“ würden „sehr bedeutende Konsequenzen auf andere Mitgliedstaaten haben bezüglich der Abhängigkeit der EU von importierten fossilen Brennstoffen und CO₂-Emissionen“. Der ursprünglich noch vorgesehene Hinweis auf eine Risiko-Gefährdung durch die Atomenergie scheint in der endgültigen Fassung aber nicht mehr auf.

Die Kommission ruft in dem Papier zu einer engen Abstimmung auf, um auf den Weltmärkten mit einer Stimme zu

Atomkraft in Europa



Verbund setzt Linz unter Hochspannung

Wirtschaftsminister spielt bei „Rösl“ auf Zeit

Wien – Hochspannung vor der Verbund-Aufsichtsratsitzung heute, Donnerstag. Ab acht Uhr tagt das Kontrollgremium der Verbundgesellschaft unter Vorsitz von Präsident Erhard Schaschl. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Die Ermächtigung des Vorstands, mit dem Land Oberösterreich über den Erwerb von 25 Prozent plus einer Aktie am Versorger Energie AG Oberösterreich (EAG) zu verhandeln. Wie schnell der Deal tatsächlich über die Bühne gehen kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Wirtschaftsminister Martin Bartenstein ist prinzipiell dafür: „Der Einstieg des Verbunds bei der EAG findet meine Zustimmung“, sagte der Halfteeigentümer der Verbundgesellschaft am Dienstagabend.

Im Gegensatz zum Verbund-Vorstand unter Generaldirektor Hans Haider – er will den Antrag im Aufsichtsrat selbst dann einbringen, wenn sich keine Kapitalvertretermehrheit dafür abzeichnet – und Landeshauptmann Josef Pühringer, der die derzeit von den EVN, Wienstrom und Linz AG gehaltene Sperrminorität an der EAG auf Kredit zurückkaufen will, sieht Bartenstein aber keine Eile für den EAG-Einstieg. Er bevorzugt ihn in einer „Phase 2“. Wann die beginnt, ließ er – sehr zum Ärger Pühringers – offen.

Es kann sich dabei freilich nur um jene 18 Monate handeln, die die aus EVN, Wienstrom und Bewag bestehende Energieallianz (der bis 30. September pikanterweise auch noch EAG und Linz AG angehören, Anm.) wünscht. Diese 18 Monate sollten nach der Realisierung des Rests an österreichischer Stromlösung („Rösl“) tunlichst verstreichen, ehe sich der Verbund bei den Oberösterreichern einkauft.

Die 18-Monatsfrist hat einen handfesten Hintergrund: So viel Zeit muss mindestens vergehen, damit die Kartellbehörde in Brüssel die als Vertriebskooperation zwischen Verbund und Energieallianz angelegte „Rösl“ und die Verbund-Beteiligung an der EAG nicht als einen zusammenhängenden Deal ansieht, der vor dem Kartellrecht auch als solcher behandelt – und verboten oder zumindest mit strengen Auflagen belegt – wird.

„Es geht nicht um Entweder-oder, sondern um Sowohl-als-auch“, sagt Bartenstein. Mittelfristig sollten sich Österreichs Versorger so miteinander verschränken, dass feindliche Übernahmen auch dann unmöglich sind, wenn die im Stromgesetz festgeschriebene staatliche 51-Prozent-Mehrheit fällt. 25 Prozent Staatsbesitz würden auch bei den Stromnetzen ausreichend Einfluss sichern. (ung)

Viel Atomstrom in Tiroler Wasserkraft

Tiwag-Bilanz: Jährlich 5,1 Mio. Euro für Brennstoffbeschaffung und -entsorgung

Innsbruck – „Die Tiwag täuscht die Konsumenten und verletzt das Wettbewerbsrecht“, erklärt Ulrike Tembler, Konsumentenschützerin der AK-Tirol. In Prospekten bietet die Tiwag „heimische saubere Wasserkraft“ an. Tatsächlich sei der Atomstromanteil im Tiroler Netz der Tiwag nach Temblers Recherchen sehr hoch. Jedenfalls deutlich über den von der Tiwag auf den Stromrechnungen angegebenen elf Prozent.

Annähernd die Hälfte der 3338 Gigawattstunden, welche die Tiwag an die Endverbraucher in Tirol abgibt, bezieht sie von der bayerischen

E.on und der baden-württembergischen EnBW. Beide liefern im Tausch für Spitzenstrom aus den Kraftwerken Sellrain-Silz und Kaunertal Bandstrom nach Tirol. Nach den Geschäftsberichten der beiden Stromriesen haben die EnBW 56 und die E.on 49 Prozent Atomstromanteil in ihrem Strommix. Für Greenpeace ist die Tiwag mit 27 Prozent nationaler Spitzenreiter im Atomstromranking.

Tiwag-Chef Bruno Wallnöfer bestreitet die Vorwürfe, ist aber zu einer Offenlegung der Verträge nicht bereit. Unterstützung bekommt er von Landeshauptmann Herwig van

sprechen und so bessere Konditionen und eine höhere Versorgungssicherheit aushandeln zu können. Sie regt zudem gemeinsame Notfall-Gasreserven an, um Lieferengpässe zu überbrücken. Sie will auch über eine europäische Regulierungsbehörde für den Energiemarkt diskutieren. Angestrebt werden darüber hinaus eine Förderung erneuerbarer Energien und ein niedrigerer Verbrauch. Über die Vorschläge soll auf dem EU-Gipfel Ende März diskutiert werden.

Mit Russland als wichtigstem Energielieferanten strebt die Kommission einen neuen Energie-Pakt an. Barroso kündigte an, am 17. März mit Russlands Präsident Wladimir Putin zu beraten. Er warnte auch erneut vor einer Abschottung der nationalen Energiemärkte.

Kommentar Seite 36

Opec belässt Produktion

Weiterhin 28 Millionen Barrel am Tag

Wien – Die Opec wird ihre Rohölförderung angesichts der politischen Weltlage vorläufig nicht senken. Das sagte Opec-Präsident Edmund Daukrou am Mittwoch in Wien. „Die Probleme in Nigeria und Saudi-Arabien haben ein Klima geschaffen, in dem bei einer Kürzung die Preise außer Kontrolle geraten könnten“, meinte der nigerianische Ölminister. Das aus elf Ländern einschließlich des Irak bestehende Kartell produziert zur Zeit rund 28 Mio. Barrel täglich. Das sind rund 37 Prozent der Welt-Rohölförderung.

Um die Ölpreise auf einem für die Verbraucher relativ er-

träglichen Niveau zu halten, schien ein Festhalten an der Förderquote von 28 Mio. Barrel pro Tag schon im Vorfeld der Opec-Konferenz als ausgemacht, obwohl Experten einen Rückgang der Nachfrage vorhersagen. Das Barrel (knapp 159 Liter) Öl der Nordseesorte Brent kostete am Mittwoch mit 61,10 Dollar etwas weniger als am Vortag. US-Öl verbilligte sich um einen Vierteldollar auf 61,34 Dollar. Kuwaits Ölminister Scheich Ahmad al-Fahd al-Sabah zufolge sei man dabei, den Preis für US-Öl unter 60 Dollar zu drücken. 2006 seien Förderkürzungen nicht nötig. (APA)

Förderungen sollen Anrainer beruhigen

Wien – Mit dem Vorschlag, Regionalförderungen auch für Infrastrukturbauten zu verwenden, prescht Heinz Kaupa, Vorstandsdirektor der Verbund-Stromnetztochter Verbund-Austria Power Grid vor. Ländliche Gemeinden, über deren Gebiet Stromleitungen laufen, sollten dieses Gebiet beispielsweise für den Anbau von Energiepflanzen nutzen und dafür auch Förderungen erhalten können. Kaupa hofft sich dadurch, dass der schwierige Ausbau von Hochspannungsleitungen, der häufig und gerne von Gemeinden beansprucht wird, erleichtert werden könnte. (ruz)